

Primat der Politik wiederherstellen – Banken vergesellschaften!

2 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Dithmarschen möge beschließen:

3 Die Jusos SH fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf Konzepte für die mehrheitliche
4 Überführung von marktbeherrschenden Großbanken (Deutsche Bank, Commerzbank,
5 Hypovereinsbank und Postbank) in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle zu
6 entwickeln und langfristig umzusetzen.

7 Begründung:

8 Die Weltwirtschaftskrise zeigt uns erneut die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Die
9 Regierung musste verhindern, dass Banken, die „too big to fail“ waren, durch ihren Sturz die
10 Weltwirtschaft noch tiefer in die Depression stürzten. Mit milliardenschweren
11 Rettungspaketen und staatlichen Garantien musste der Bankensektor vor den konsequenten
12 Folgen seiner Spekulation und Renditefixierung gerettet werden. Selbst Apologeten des
13 Neoliberalismus forderten die Bankenrettung und staatliche Eingriffe, die sonst per se als
14 semisozialistisch tituliert wurden, um den Kapitalismus zu retten.

15 Zeitgleich gingen viele kleine, mittelständische, aber halt nicht „systemrelevante“
16 Unternehmen in die Insolvenz, weil die Banken das ihnen anvertraute Steuergeld bei der EZB
17 verzinsten und keine Kredite mehr vergaben. Dieses gesamtgesellschaftlich betrachtet
18 irrationale, aber betriebswirtschaftlich gesehen rationale Handeln hat dann unter dem Namen
19 „Kreditklemme“ zweifelhafte Berühmtheit erlangt. Ein Beispiel, um die Folgen dieses
20 Handelns zu illustrieren, ist, dass 40 Prozent der Unternehmensinsolvenzen im ersten
21 Halbjahr 2009 sind durch die Kreditklemme verursacht worden sind. Wohlgemerkt: Das sind
22 Unternehmen, die wie alle kapitalistische Unternehmen Geld zur Refinanzierung brauchten
23 und die nicht einmal unprofitabel wirtschafteten. Das egoistische Handeln der Banken hatte
24 also gesamtgesellschaftlich sehr negative Folgen. Der staatliche Umgang mit der Krise
25 verschärft des weiteren monopolistische Tendenzen in unserem Wirtschaftssystem, da gerade
26 kleine und mittlere Unternehmen von der Kreditklemme betroffen waren.

27 Der neu gewonnene Einfluss bei (teil-)verstaatlichten Banken wurde jedoch nicht mal dafür
28 genutzt, veraltete Strukturen neu zu gestalten, sondern die Politik hielt sich weitestgehend aus
29 den Geschäften der Banken heraus. Dieses Vorgehen war von einer Kurzfristigkeit geprägt
30 und hatte nicht die nachhaltige Veränderung des Finanzsystems zum Ziel. Auch
31 Sozialdemokrat*innen, die den Begriff „Nachhaltigkeit“ sonst gerne bemühen, schienen etwas
32 planlos. Für den Umgang mit der jetzigen Krise und zukünftigen Krisen muss die
33 Sozialdemokratie schnellstens moderne Konzepte entwickeln.

34 Wir als Jusos und auch die SPD müssen aus der Krise die richtigen Schlüsse ziehen. Verluste
35 zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren sollte kein Markenzeichen
36 sozialdemokratischer Politik werden. Sozialdemokratische Politik muss im Gegenteil das
37 Primat der demokratischen Gestaltung wiederherstellen.

38 **Effektive Kontrolle setzt Besitz voraus**

39 Die Lehre aus der Krise muss sein, dass mehr Regulierung und öffentlicher Einfluss das Herz
40 unserer Wirtschaft, und das ist das Bankensystem, nachhaltig beruhigen muss um Infarkte so
41 gut es geht zu vermeiden.

42 Wir denken, dass Regulierung und öffentlicher Einflussnahme am effektivsten und
43 nachhaltigsten durch die Vergesellschaftung von marktbeherrschenden Großbanken
44 gewährleistet werden kann. Denn eine wirkliche Aufsicht über die Banken und eine
45 Regulierung im Interesse der Allgemeinheit ist ohne staatlichen Besitz und Kontrolle über die
46 Banken nur schwer umsetzbar.

47 Nur mit einer Verstaatlichung kann gewährleistet werden, dass die Banken in Krisenzeiten
48 wieder notwendige Kredite an die Wirtschaft und an die Konsument*innen zu fairen
49 Bedingungen vergeben.

50 Wir Dithmarscher Jusos schauen außerdem besorgt auf die Demokratie in diesem Land. Wenn
51 Angela Merkel sich mit Bankern wie Josef Ackermann und anderen Banken- und
52 Konzernchefs zur privaten Party trifft, stellt sich für uns die Frage, wer überhaupt die Macht
53 in unserem Land hat. Die Vergesellschaftung von Großbanken wäre eine Möglichkeit, diese
54 Macht zu beschneiden. Wir wollen jedoch auch keine staatliche Allmacht. Wir setzen uns für
55 mehr Demokratie in den vergesellschafteten Banken ein. Ein Mittel wäre z.B. die
56 Aufsichtsräte paritätisch mit Vertreter*innen der Belegschaft, Gewerkschafter*innen der
57 Branche und Regierungsvertreter*innen zu besetzen, die wiederum demokratisch legitimiert
58 werden müssten. Die Arbeit in diesen Gremien müsste natürlich mit einem existenzsichernden
59 Einkommen entlohnt werden.

60 Dem neoliberalen Argument, der Staat wirtschaftet per se schlecht, können wir das Beispiel
61 der erfolgreichen Sparkassen entgegenhalten. Ohne diese wären noch mehr Unternehmen in
62 Konkurs gegangen und wären noch viel mehr Arbeitsplätze vernichtet worden.

63 Außerdem ist die Verstaatlichung von Banken langfristig gesehen die Option, die am
64 wenigsten Steuergeld und Arbeitsplätze kostet. Abgesehen von fehlenden Steuereinnahmen
65 auf Grund von Firmenpleiten und schwacher Binnennachfrage, die sich der Staat mit der
66 Vergesellschaftung von Banken zukünftig sparen könnte, würde man sich auch das extrem
67 teure „bailout“ von Banken zukünftig sparen.

68 Hier sei nur an die Commerzbank erinnert, die sich bei der günstigen Übernahme der
69 Dresdener Bank verspekulierte und daraufhin staatliche Zuschüsse von mittlerweile 18
70 Milliarden Euro erhalten musste. Die Bank war zu diesem Zeitpunkt jedoch nur noch ca. 5
71 Milliarden Euro wert. Eine Vergesellschaftung wäre zu diesem Zeitpunkt die günstigste
72 Variante gewesen.

73 **Vergesellschaftung als Wachstumsfaktor**

74 Gesellschaftliches Eigentum an Banken hingegen könnte als Katalysator für mehr Wachstum
75 sein. Banken in staatlicher Obhut können sich günstiger refinanzieren und müssten sich nicht
76 der kapitalistischen Profitlogik unterwerfen. Die Regierung könnte Einfluss auf die
77 Kreditvergabepraxis nehmen, Investmentbanking mit Zentralbankgeld untersagen und
78 eventuell Investmentbanking und klassische Bankgeschäfte wieder komplett trennen.

79 Es bestünde die Möglichkeit, die grassierende Angst an den Finanzmärkten durch eine nun
80 mögliche Offenlegung der sogenannten toxischen Papiere endgültig zu beruhigen.

81 Eine Strukturreform könnte dem deutschen Finanzsystem helfen wieder Weltspitze zu
82 werden. Der Staat hätte noch einer erfolgreichen Vergesellschaftung die Möglichkeit

83 verschiedene Banken zusammenzulegen oder abzuwickeln und private und staatliche
84 Elemente im Banksystem sinnvoll miteinander zu verknüpfen.

85 Die von uns geforderte Vergesellschaftung ist also selbst marktwirtschaftlich betrachtet die
86 günstigste Option, und keine rein ideologische Frage. Zur Finanzierung der Enteignung sollte
87 die Devise gelten, keine Hilfe an Banken zu geben, die dem Staat nicht im Gegenzug
88 Eigentumsanteile verkaufen. Für die sonst anfallenden Kosten müsste perspektivisch eine
89 Steuerreform für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen. Kernpunkte wären eine
90 Finanztransaktionssteuer, eine höhere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung von
91 Steuerhinterziehung und Steueroasen. Diese Maßnahmen dienen nicht nur der sozialen
92 Gerechtigkeit, sondern würden die Binnennachfrage, im Gegensatz zur derzeitigen
93 exportorientierten Wirtschaftspolitik, in einem Maße stärken welche zu sozialverträglichem
94 Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung führen würde.

95 Es würde außerdem Möglichkeit bestehen die vergesellschafteten Großbanken zu
96 „zerschlagen“ und kleinere Einheiten zu schaffen um funktionierenden Wettbewerb zu
97 gewährleisten. Doch ist auf Grund der dem Kapitalismus innewohnenden Logik zu erwarten,
98 dass nach einigen Jahren erneut finanzstarke Großbanken entstanden sind.

99 Wir Jusos fordern einen Bankensektor mit Banken die lediglich so groß werden können, dass
100 sie ohne Gefahr für die Gesamtwirtschaft insolvent werden können. Denn wir wissen, dass
101 Banken die erkennen, dass sie zu groß sind um ohne Gefahr für das Gesamtsystem in
102 Insolvenz zu gehen, da sie im Zweifelsfall vom Staat gerettet werden müssen, zu
103 risikoreicheren Geschäften (Moral Hazard) neigen. Wir Jusos wollen nicht das
104 Unternehmensrisiko einiger Großbanken vergesellschaften sondern auch deren Gewinne und
105 Möglichkeiten.

106 Eine spätere Reprivatisierung schließen wir nicht grundsätzlich aus, falls sich die
107 gewünschten Ergebnisse nicht einstellen. Abgesehen davon sind die gesellschaftlichen
108 Voraussetzungen für einen bewussten demokratischen Übergang zum Sozialismus, wie z.B.
109 eine Stärke der Sozialdemokratie in der Zivilgesellschaft, nicht vorhanden. Entscheidend für
110 uns ist, dass die durch die Wirtschaftskrise entstandenen Verluste, durch die Rettungspakete
111 für die Banken, auch von diesen samt Verzinsung wieder abgetragen werden, damit die
112 Lasten nicht auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden.